

1. Kaum eine Behörde prägt das soziale Klima in Deutschland wie das Jobcenter. Der Evangelische Verband KWA hat zehn Thesen für ein „Jobcenter der Zukunft“ entwickelt: www.kwa-ekd.de/kda-themenheft_2021_10thesen <http://www.kwa-ekd.de/kda-themenheft_2021_10thesen> . Welche dieser Thesen finden die Unterstützung der Grünen, welche nicht?

Wir unterstützen die Thesen für ein "Jobcenter der Zukunft". Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, Hartz IV zu überwinden und durch eine Garantiesicherung zu ersetzen – es braucht einen einfachen Zugang zu existenzsichernden Leistungen, gute Hilfsangebote und eine intensivere Unterstützung bei der Suche nach einem Beschäftigungsverhältnis, das den Lebensunterhalt deckt.

2. Sanktionen im SGB II verletzen das Existenzminimum der betroffenen Haushalte und können eine Angstkultur im Jobcenter verursachen. Wie will Ihre Partei das Instrument der Sanktionen nach der Bundestagswahl gestalten?

Wir GRÜNE wollen die Sanktionen in der Grundsicherung abschaffen und das Existenzminimum immer sicherstellen. Statt die Menschen zu sanktionieren, sollen sie von den Jobcentern ermutigt werden, individuelle Hilfe und Weiterbildungsangebote zur Verfügung gestellt bekommen. Mit der Abschaffung der Sanktionen muss auch ein Perspektivwechsel in der Arbeitsförderung einhergehen. An die Stelle von Druck und Zwang müssen passgenaue Förderung, niederschwelliger Zugang und Vermittlung auf Augenhöhe treten. Vertrauen und Motivation entstehen nur, wenn Arbeitssuchende in ihren Vorstellungen ernst genommen und bei der Umsetzung unterstützt werden. Wir wollen Orientierung im Beratungsprozess geben. Statt schneller Vermittlung in jedwede Tätigkeit soll die langfristige Perspektive und nachhaltige Arbeitsmarkt-Integration eine größere Rolle spielen. Dazu muss der Vermittlungsvorrang abgeschafft und ein Rechtsanspruch auf Qualifizierung geschaffen werden, damit der Wiedereinstieg in Beschäftigung gelingt.

3. Ein Teil der Menschen im SGB II benötigt sehr langfristige bzw. unbefristete Beschäftigungsförderung. Das Teilhabechancengesetz war der Einstieg in einen Sozialen Arbeitsmarkt. Will Ihre Partei den Sozialen Arbeitsmarkt nach der Wahl weiter ausbauen oder abbauen? Wie soll er künftig aussehen?

Die Einführung eines Sozialen Arbeitsmarkts war notwendig und richtig. In der Umsetzung zeigt sich jedoch deutlicher Nachbesserungsbedarf. Wir GRÜNE wollen den Sozialen Arbeitsmarkt, der nach aktueller Rechtslage 2023 ausläuft, entfristen. Außerdem müssen die Zugänge flexibler gestaltet werden, damit für Menschen, die ohne Unterstützung absehbar sehr lange arbeitslos sein würden, tatsächlich soziale Teilhabe ermöglicht wird. Für die gesamte Arbeitsförderung muss gelten: Mehr Menschlichkeit, weniger formale Hürden.

4. Für die Jobcenter ist es nachhaltiger, in Berufsabschlüsse und vollwertige Qualifikationen zu investieren, anstatt in kurze Trainings. Wie will Ihre Partei die Bildungsangebote der Jobcenter nach der Wahl gestalten; will sie die Bildungsausgaben im SGB II erhöhen oder verringern?

Wir GRÜNE wollen gute Qualifizierung zu einem individuellen Anspruch machen. Jede ungelernete Person soll ein Ausbildungsangebot bekommen. Auch ein Recht auf Weiterbildung soll es geben. Im Falle von Arbeitslosigkeit wird Qualifizierung mit einem Weiterbildungsgeld flankiert, das signifikant über dem Anspruch auf Arbeitslosengeld I bzw. II liegt. Zudem muss die Beratung und Förderung

ausgebaut werden. Dafür sollen regionale Bildungsagenturen geschaffen werden, wo sich alle relevanten Weiterbildungs-Akteure vernetzen und Informationen zusammenfließen. Hier finden Weiterbildungsinteressierte kompetente Beratung und passgenaue Unterstützung. Dafür wollen wir die notwendigen Mittel bereitstellen. Einen Vermittlungsvorrang zulasten einer Qualifizierung soll es nicht mehr geben.

5. Bitte fassen Sie Ihre Pläne zum Themenfeld Jobcenter und SGB II zusammen: Welche Maßnahmen planen Die Grünen nach der Bundestagswahl für ein effektives und zugleich menschliches Jobcenter der Zukunft?

Die Beratung, Qualifizierung und Vermittlung in den Jobcentern muss auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt werden und stärker auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten werden. Jobcenter müssen zu Orten werden, in denen die Menschen umfangreiche Unterstützungs- und Beratungsleistungen und Zugang zu guten Weiterbildungs- und Qualifizierungsangeboten bekommen. Dies verbinden wir mit einer grundlegenden Reform der Grundsicherung, die aktuell mit zahlreichen Problemen behaftet ist. Sie ist nicht existenzsichernd und die Zugangshürden sind hoch. Das mussten insbesondere Selbstständige in der Pandemie erfahren. Deswegen wollen wir GRÜNE die Grundsicherung zu einer Garantiesicherung weiter entwickeln, indem wir die Regelsätze schrittweise anheben, die Sanktionen abschaffen, die Vermögensprüfung durch eine Selbstauskunft ersetzen, die Hinzuverdienstgrenzen verbessern und die sogenannte Bedarfsgemeinschaft Schritt für Schritt abschaffen.